



Die Geschichte des nationalliberalen Lagers und der FPÖ

Begleitheft zur Dokumentarserie auf
www.youtube.com/freiheitlichesbildungsinstitut

FBi Freiheitliches
Bildungsinstitut

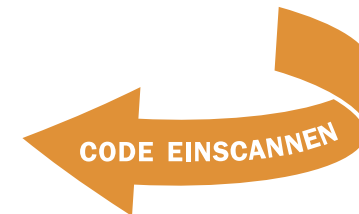
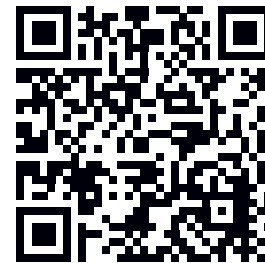
Gesellschaft für Politik, Kultur & Meinungsfreiheit

FBI-FILMDOKUMENTE

Die Freiheitliche Partei Österreichs wurde am 7. April 1956 im Rahmen eines Gründungsparteitages ins Leben gerufen. In ihrem Namen trägt sie das Wort „Freiheit“, das als Grundelement der Programmatik gilt. Die Wurzeln dieser nationalliberalen und freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft gehen bis ins frühe 19. Jahrhundert zurück.

In einer Dokumentarserie beleuchten wir die Geschichte des nationalliberalen Lagers und der FPÖ. Dies ist das Begleitheft dazu.

Sehen Sie hier die Filmdoku:



Impressum

©2020
Freiheitliches Bildungsinstitut
Gesellschaft für Politik, Kultur und Meinungsfreiheit (FBI)
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
www.fbi-politikschule.at

Inhaltsverzeichnis

| | | | |
|---|-----------|--|-----------|
| 1. Vorwort | 7 | 9. Das sozialliberale Experiment | 22 |
| von Herbert Kickl | | Norbert Steger und die erste Regierungsbeteiligung der FPÖ | |
| 2. Die Revolution von 1848 und die Bedeutung der Burschenschaften | 8 | 10. Der Aufstieg der FPÖ zur Mittelpartei | 24 |
| Die Wurzeln des freiheitlichen Gedankenguts | | Jörg Haider und der Kampf gegen das rot-schwarze System | |
| 3. Die stärkste Kraft im österreichischen Reichsrat | 10 | 11. Die FPÖ in der Krise | 26 |
| Die nationalliberalen Parteien und der Parlamentarismus unter Franz Joseph I. | | Von der schwarz-blauen Koalition 2000 bis zur Gründung des BZÖ | |
| 4. Die Nationalliberalen an der Wiege der Republik | 12 | 12. Der Wiederaufstieg der FPÖ unter HC Strache | 28 |
| Das Dritte Lager und die Gründung der Republik Deutschösterreich 1918 | | Der Kurs als „soziale Heimatpartei“ | |
| 5. Von der Republikgründung bis zum „Anschluss“ | 14 | 13. Eine Reformkoalition für Österreich | 30 |
| Die Nationalliberalen in der Ersten Republik | | Von der Bundespräsidentenwahl 2016 bis zur „Ibiza-Affäre“ | |
| 6. Die Rückkehr des Dritten Lagers nach 1945 | 16 | | |
| Der Aufstieg und Fall des VdU | | | |
| 7. Die Gründung der FPÖ | 18 | | |
| Die Jahre 1956 bis 1958 | | | |
| 8. Eine nationalliberale Honoratiorenpartei | 20 | | |
| Die Ära Friedrich Peter | | | |

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser!

Das Dritte Lager hat eine wechselvolle Geschichte durchlaufen. Diese beginnt mit dem Revolutionsjahr 1848 und führt über das Ende der Monarchie und die beiden Weltkriege sowie über die Erste Republik bis hin zur Wiedererrichtung Österreichs in der Zweiten Republik. Auch das Ende des Ostblocks, der österreichische EU-Beitritt und mehrere freiheitliche Regierungsbeteiligungen in Bund und Ländern zählen zu den Ereignissen, die unsere Heimat prägten. Und niemand kann leugnen, dass die Freiheitlichen stets einen wesentlichen Beitrag für die Geschichte Österreichs und für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit leisteten. Darüber können auch tragische Irrwege einzelner Repräsentanten nicht hinwegtäuschen.

Umso wichtiger ist es daher, seine eigene Geschichte zu kennen. Denn nur wer weiß, wo er herkommt, kann die Orientierung für den Weg in die Zukunft finden. Dazu soll die vorliegende Dokumentationsreihe über die Geschichte der FPÖ und des nationalliberalen Lagers von 1848 bis heute ihren Beitrag leisten. Und jeder wird erkennen, dass „Die Freiheit, die wir meinen“ auch heute noch hochaktuell ist.



Herbert Kickl

Präsident des
Freiheitlichen Bildungsinstituts





Bei der Universität Wien wurden im Mai 1848 Barrikaden errichtet.

Die Revolution von 1848 und die Bedeutung der Burschenschaften

Die Wurzeln des freiheitlichen Gedankenguts

Nach den napoleonischen Kriegen wurde auf dem Wiener Kongress 1814/15 der Deutsche Bund geschaffen – ein loser Staatenbund aus den deutschen Ländern und Teilen des Kaiserreichs Österreich. Etliche Zeitgenossen nahmen dieses absolutistische Gebilde als

Unterdrückung nationaler und liberaler Bewegungen wahr und forderten einen deutschen Nationalstaat.

Eine neue bürgerliche Freiheitsbewegung zog sich quer durch Deutschland, deren Träger die

Studenten waren. Sie gründeten 1815 in Jena die Urburschenschaft und demonstrierten für Freiheit und Verfassung – etwa beim Hambacher Fest 1832, bei dem 30.000 Menschen unter den burschenschaftlichen Farben Schwarz-Rot-Gold, die später die Farben der deutschen Fahne wurden, für nationale Einheit und Volkssouveränität eintraten.

Am 12. März 1848 versammelten sich die Studenten in der Universität Wien, darunter Mitglieder der bis dahin im Geheimen bestehenden Burschenschaft Arminia, und verlangten in einer Petition die Presse- und Redefreiheit, die Freiheit der Universität, die Religionsfreiheit und die Gleichstellung der jüdischen Mitbürger sowie ein vom Volk gewähltes Parlament. Am Folgetag kam es zu einem verlustreichen Aufstand, dem sich auch weitere Bürger anschlossen. Parallel dazu stürmten in den Vorstädten die Arbeiter aus Protest gegen ihre Arbeitsbedingungen die Fabriken.

Diese bürgerliche Revolution erfasste ganz Deutschland von Berlin bis Wien und blieb nicht ohne Folgen: Es kam zu den ersten

freien demokratischen Wahlen in ganz Deutschland – den Wahlen für eine künftige deutsche Nationalversammlung. Diese trat erstmals am 18. Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche zusammen und der liberale Burschenschafter Heinrich Freiherr von Gagern wurde zum Präsidenten gewählt. Die wichtigste Aufgabe der Nationalversammlung war die Entwicklung einer deutschen Verfassung.

Es kam zu weiteren Aufständen der Studenten und von revolutionären Bürgern, die aber letztlich blutig an der kaiserlichen Armee scheiterten. Wien wurde im Oktober 1848 von den kaiserlichen Truppen eingenommen und Franz Joseph I. stellte im Kaiserreich Österreich den alten Absolutismus wieder her. Die Revolution war gescheitert.

Der Idealismus der Revolutionäre von 1848, ihr freiheitliches Denken, ihr demokratisches Streben und ihr soziales Fühlen für die Arbeiter und die ärmsten Bevölkerungsschichten sollten jedoch für die Entwicklung des nationalliberalen Lagers in Österreich bis zum heutigen Tag als Vorbild weiterwirken.



Die Urburschenschaft kämpfte für Freiheit und eine Verfassung unter den burschenschaftlichen Farben Schwarz-Rot-Gold, die später die Farben der deutschen Fahne wurden.



Hier ansehen

Die stärkste Kraft im österreichischen Reichsrat

Die nationalliberalen Parteien und der Parlamentarismus unter Franz Joseph I.

In den letzten Jahren des Absolutismus in der österreichischen Habsburgermonarchie kam es nach dem verlorenen Krieg gegen Frankreich und Sardinien-Piemont 1859 sowie dem Verlust von Gebieten in Italien zu einem innenpolitischen Tauwetter. **Bürgerliche Vereine und Studentenverbindungen erhielten Zulauf, wobei diese zur Basis des nationalliberalen Lagers werden sollten.** Der beratende Reichstag wurde um Mitglieder der neuen Landtage erweitert und 1860 durch das Oktoberdiplom gestärkt. Die Liberalen unter Staatsminister Anton Ritter von Schmerling strebten aber eine echte parlamentarische Verfassung an. So kam es 1861 zum Februarpatent, das für die gesamte österreichische Monarchie galt und den Reichsrat zu einem Parlament mit Gesetzgebungskompetenz machte.

Nach der Niederlage Österreichs gegen das Königreich Preußen bei Königgrätz 1866 und der daraus resultierenden politischen Verdrängung Österreichs aus Deutschland musste Kaiser Franz Joseph I. 1867 den Ausgleich mit Ungarn zulassen. **Für die österreichische Reichshälfte der neu gebildeten Doppelmonarchie Österreich-Ungarn - die „im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ - wurde die Dezemberverfassung von 1867 erlassen und ein eigenes Parlament, der Reichsrat in Wien, eingerichtet.**

Im österreichischen Reichsrat waren die Nationalliberalen die weitaus stärkste Kraft. Sie befanden sich in Gegnerschaft zu den Katholisch-Konservativen. Darüber hinaus schürte ihr Eintreten für die deutschsprachige Bevölkerung der Monarchie den Konflikt mit den



Foto: Wilhelm Müller

Die Sitzungen des Reichsrats fanden bereits im Parlament an der Wiener Ringstraße statt.

Slawen. Denn seit dem Krieg mit Preußen 1866 war Österreich vom größten Teil des deutschen Sprachraums abgetrennt, obwohl die Habsburger in deutschen Angelegenheiten über Jahrhunderte eine führende Rolle gespielt hatten. Plötzlich standen die deutschsprachigen Österreicher in Österreich-Ungarn einer Mehrheit nicht deutscher Völker gegenüber.

Es entwickelten sich daher mehrere nationalliberale Parteien, die in Summe immer die Mehrheit im österreichischen Reichsrat stellten - aber auch zerstritten waren. Daher kann man das nationalliberale Lager von Anbeginn an als tragende Kraft des österreichischen Parlamentarismus bezeichnen.

Eine besonders prägende Persönlichkeit war Georg Ritter von Schönerer, der als Sozialreformer auftrat. Zu seinen politischen Schü-

lern und Mitstreitern gehörten Karl Lueger, der Begründer der christlichsozialen Bewegung, sowie Victor Adler und Engelbert Pernerstorfer, die Gründer der Sozialdemokratie. Letztere waren übrigens auch Burschenschaftler. Schönerer radikalisierte sich zunehmend. Ihm und seiner Alldeutschen Vereinigung stand allerdings eine Reihe gemäßigter nationalliberaler Politiker wie etwa Otto Steinwender gegenüber.

Die nationalliberalen Kräfte in Österreich setzten sich aber auch besonders für das allgemeine Wahlrecht ein, das 1907 erstmals als allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle Männer zur Anwendung kam. Das nationalliberale Lager trat jedoch gleichzeitig auch für den Bestand Österreich-Ungarns ein und zog schließlich für Kaiser und Vaterland in den Ersten Weltkrieg.

”

Das nationalliberale Lager war von Beginn an eine tragende Kraft des österreichischen Parlaments. Die nationalliberalen Parteien hatten in Summe immer die Mehrheit im österreichischen Reichsrat.



Fotogemeinfrei

Die Ausrufung der Republik erfolgte am 12. November 1918 vor dem Parlament an der Wiener Ringstraße.

Die Nationalliberalen an der Wiege der Republik

Das Dritte Lager und die Gründung der Republik Deutschösterreich 1918

Die über 600 Jahre andauernde Herrschaft des Hauses Habsburg in Österreich ging nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg 1918 zu Ende. Kaiser Karl I. war nach dem Tod von Franz Josef I. im Kriegsjahr 1916 auf den Thron gekommen und hatte danach noch vergeblich versucht, die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn als „Bund freier Völker“ zu erhalten.

Mit dem Ausscheiden der anderen Nationalitäten aus dem Reichsverband traten am 21. Oktober 1918 daher auch 208 deutschsprachige Abgeordnete des Wiener Reichsrats, der für die österreichische Reichshälfte zuständig war, im Niederösterreichischen Landhaus in Wien zusammen: Die größte Zahl an Abgeordneten stellten die nationalliberalen und deutschnationalen Parteien vor den Christ-

lichsozialen und den Sozialdemokraten. Dabei beschloss man die Gründung eines selbstständigen Staates und konstituierte sich als Provisorische Nationalversammlung. Als Staatsname für die neue Republik wählte man „Deutschösterreich“. Diese Nationalversammlung gilt daher als erstes österreichisches Parlament.

Am 30. Oktober 1918 nahm diese eine vorläufige Verfassung an und richtete eine Note an den Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, wonach die „Deutsche Nation in Österreich“ beschlossen habe, einen eigenen Staat zu bilden. Dies kann als Proklamation der Eigenstaatlichkeit und damit als eigentliches Gründungsdatum der Republik angesehen werden – denn auch das erste

Staatsgesetzblatt des neuen Staates Deutschösterreich bezieht sich auf diesen 30. Oktober 1918.

Als erster Präsident der Provisorischen Nationalversammlung amtierte der Deutschliberale und Burschenschafter Franz Dinghofer. Zum Staatskanzler wählte man den Sozialdemokraten Karl Renner. **Nach dem Verzicht Kaiser Karls I. an jeglichem Anteil an den Staatsgeschäften, wurde in der dritten Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung am 12. November 1918 – drei Tage nach der Ausrufung der deutschen Republik in Berlin – einstimmig das Gesetz „über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich“ beschlossen.** Die ersten beiden Artikel lauteten: „Artikel 1. Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt. Artikel 2. Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik [...]“ **Franz Dinghofer war schließlich jener Politiker, der am 12. Novem-**

ber 1918 von der Rampe des Parlamentsgebäudes am Wiener Ring aus die neue Republik ausrief.

Die erste Volkswahl zur Konstituierenden Nationalversammlung fand sodann am 16. Februar 1919 statt, wobei erstmals auch Frauen ihre Stimme abgeben konnten. Von den 170 neuen Abgeordneten entfielen 72 auf die Sozialdemokraten, 69 auf die Christlichsozialen und nur mehr 26 auf die nationalliberalen beziehungsweise deutschnationalen Parteien.

Damit waren diese zum Dritten Lager in der neuen Republik geworden – eine bis heute verwendete Bezeichnung. Die Nationalliberalen waren damit eng mit der Entstehung der Ersten Republik verbunden – aus staatspolitischer Rason war das größte parlamentarische Lager des alten Reichsrats ja sogar bereit, den unmittelbaren Führungsanspruch an die Sozialdemokraten abzugeben.

”

Der deutschliberale Burschenschafter Franz Dinghofer rief als Präsident der Provisorischen Nationalversammlung am 12. November 1918 von der Rampe des Parlamentsgebäudes in Wien die neue Republik aus.



Hier ansehen

Von der Republikgründung bis zum „Anschluss“

Die Nationalliberalen in der Ersten Republik

Die Republik Deutschösterreich kam nach ihrer Gründung 1918 nicht zur Ruhe. Eine Belastungsprobe war der Friedensvertrag von Saint-Germain mit den Siegermächten des Ersten Weltkriegs im Jahr 1919, wobei deutschsprachige Gebiete der ehemaligen Monarchie wie etwa Südtirol abgetrennt, der Staatsname „Deutschösterreich“ untersagt und ein „Anschluss“ an Deutschland verboten wurden. Diesen hatten 1918 sowohl die nationalliberalen Parteien als auch die Sozialdemokraten gefordert.

Die 1919 entstandene Koalition aus Christlichsozialen und Sozialdemokraten zerbrach bald. **Zu den nationalliberalen Parteien, die nun die „Dritte Kraft“ im Parlament waren, zählten die Großdeutsche Volkspartei und der Landbund, die in wechselnden Koalitionen gemeinsam mit den Christlichsozialen bis 1933 regierten.** Führende nationalliberale

Persönlichkeiten waren der Bundeskanzler Johannes Schober sowie der erste Bundespräsident der Republik Österreich, der offiziell parteiungebundene Nationalökonom Michael Hainisch.

Zwar konnte nach der Inflation der 1920er Jahre die Währung durch den Schilling stabilisiert werden, doch gleichzeitig kam es zu einer Militarisierung der Innenpolitik, wobei sowohl die Christlichsozialen als auch die Sozialdemokraten paramilitärische Verbände schufen. Die sich daraus ergebenden bürgerkriegsähnlichen Zustände gipfelten im Brand des Justizpalastes in Wien im Jahr 1927 mit fast 100 Toten. Gekoppelt mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise kam es schließlich zur Abkehr von der Demokratie: Die Christlichsozialen orientierten sich am faschistischen Italien Benito Mussolinis, von dem sie Unterstützung gegen die aggressive Politik

”

Die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten schufen in der Ersten Republik als paramilitärische Einheiten die Heimwehr und den Republikanischen Schutzbund. Die bürgerkriegsähnlichen Zustände gipfelten im Brand des Justizpalastes in Wien.



Der Justizpalastbrand 1927 illustriert die Spannungen in der Ersten Republik.

Foto: ÖNB-Bildarchiv / picturedesk.com

Deutschlands unter Adolf Hitler erhofften. Auch der Kurs der Sozialdemokratie wurde autoritärer, während die Anhänger des Dritten Lagers verstärkt zu den österreichischen Nationalsozialisten abwanderten.

Angesichts der Stärke der Nationalsozialisten und des Konflikts mit den Sozialdemokraten benützte der christlichsoziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß eine Geschäftsordnungsfrage des Nationalrates im März 1933, um die parlamentarische Demokratie zu beseitigen und den Weg in den autoritären Ständestaat zu ebnen. Proteste der Nationalliberalen wurden unterdrückt. Nach dem Verbot der österreichischen Nationalsozialisten 1933 folgte nach einem kurzen, blutigen Bürgerkrieg im Februar 1934 auch das Verbot der Sozialdemokratie. Der Druck des nationalsozialistischen Deutschlands auf Österreich nahm zu. Nach einem missglück-

ten Putsch der Nationalsozialisten im Juli 1934, bei dem Dollfuß ermordet wurde, wollte sein Nachfolger Kurt Schuschnigg den autoritären Kurs fortsetzen. **Doch der Verlust der Unterstützung durch Mussolini und der wachsende Druck der illegalen Nazis im Land führten schließlich zum von Hitler forcierten „Anschluss“: Am 12. März 1938 rückte die deutsche Wehrmacht in Österreich ein. Dieser Schritt fand Anhänger aus allen politischen Parteien – darunter war auch das traditionell deutschfreiheitliche Dritte Lager.** Aber auch der Wiener Erzbischof Theodor Innitzer oder der Sozialdemokrat Karl Renner begrüßten den „Anschluss“.

Damit fand die ungeliebte Erste Republik – ein Staat, den keiner wollte – ein tragisches Ende und Österreich wurde als Teil des Deutschen Reiches in die Schrecken des Zweiten Weltkrieges miteinbezogen.





Foto: Votava/Imagno/picturedesk.com

Herbert A. Kraus spricht 1949 bei einer VdU-Kundgebung auf dem Wiener Rathausplatz.

Die Rückkehr des Dritten Lagers nach 1945

Der Aufstieg und Fall des VdU

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Republik Österreich im April 1945 wiedererrichtet. Anfangs wurden von der alliierten Besatzungsmacht nur drei Parteien anerkannt: Dazu zählten die christlich-konservative Volkspartei (ÖVP), die Sozialistische Partei (SPÖ) und die Kommunistische Partei (KPÖ), die gemeinsam die provisorische Staatsregierung unter Karl Renner bildeten. **Das nationalliberale Lager war von der politischen Mitgestaltung in der Gründungszeit der Zweiten Republik vorerst ausgeschlossen.** Dies lag auch daran, dass allen ehemaligen Mitgliedern und Parteianwärtinnen von der NSDAP und von anderen NS-Formationen – unabhängig davon, ob sie an Verbrechen beteiligt waren oder nicht – die Wahlberechtigung entzogen wurde. Damit gab es in Österreich zur Zeit der ersten Nationalratswahl 1945 etwa 600.000 Bürger „zweiter

Klasse“, die von essentiellen politischen Rechten ausgeschlossen waren.

Erst im Frühjahr 1949 gelang Herbert A. Kraus und Viktor Reimann die Gründung des „Verbandes der Unabhängigen“ (VdU). Die Konstituierung dieser neuen Partei fand in Salzburg statt, da in der amerikanischen Besatzungszone eine Parteigründung erheblich leichter war. Der VdU wurde jedoch als Verein angemeldet, da er keine alliierte „Parteilizenz“ erhalten konnte. **Der VdU wollte einerseits das historisch gewachsene nationalliberale Lager zurück in die politische Landschaft Österreichs führen – das vor 1938 fast 20 Prozent der Wählerstimmen ausgemacht hatte. Andererseits sollten die aus der politischen Mitgestaltung bis dahin ausgeschlossenen minderbelasteten Nationalsozialisten integriert werden.** Diesen war 1947

mit dem „Nationalsozialistengesetz“ ihr aktives Wahlrecht wieder zugestanden worden. Auch die Kriegsheimkehrer und die vertriebenen Volksdeutschen aus Mittel- und Osteuropa waren eine Zielgruppe.

Bei der zweiten Nationalratswahl im Jahr 1949 konnte der VdU mit der „Wahlpartei der Unabhängigen“ (WdU) rund 11,7 Prozent und 16 Nationalratsmandate erlangen. Die Erfolge setzten sich bei mehreren Landtagswahlen fort. Auch das „Soziale Manifest“ des VdU von 1950 kann als Versuch gewertet werden, die Arbeiterschaft zu gewinnen.

Trotzdem wurde der VdU – auch durch das Verhalten von ÖVP und SPÖ – zunehmend politisch isoliert und in der Folge brachen innerhalb des Verbandes Streitigkeiten aus. Nach Stimmenverlusten bei den Nationalratswahlen 1953 verschärfte sich die Gegensätze zwischen dem nationalen und dem liberalen Flügel sowie auch zwischen den vielen ausgeprägten Einzelpersönlichkeiten wie

etwa Viktor Reimann, Willfried Gredler, Gustav Zeillinger oder Helfried Pfeifer. Zwar wurde im Mai 1954 vom VdU in Bad Aussee ein neues Programm mit einem verstärkt nationalen Charakter beschlossen und das Gespräch mit der kurz zuvor gegründeten Freiheitspartei gesucht. Aber als bei weiteren Landtagswahlen im Jahr 1954 erhebliche Verluste verzeichnet wurden, zeigte der VdU bereits Zerfallserscheinungen. So kam es im Jahr 1955 zu Verhandlungen zwischen den VdU-Vertretern und der nationalbetonten Freiheitspartei von Anton Reinthaller, die schon bei den oberösterreichischen Landtagswahlen 1955 eine Wahlgemeinschaft mit dem VdU und Parteilosern gebildet hatte.

Am 17. Oktober 1955 schließlich einigten sich der VdU und die Freiheitspartei von Anton Reinthaller in Wien auf den Zusammenschluss zur FPÖ. Damit war der Grundstein für eine Nachfolgepartei gelegt, die das politische Geschehen in Österreich bis zum heutigen Tag entscheidend mitprägen sollte.



Der VdU wurde 1949 vom Journalisten Herbert A. Kraus und dem Widerstandskämpfer Viktor Reimann gegründet, um Heimatvertriebene und Heimkehrer sowie minderbelastete ehemalige NSDAP-Mitglieder zu vertreten und wieder in das demokratische Gefüge einzugliedern.



Die Gründung der FPÖ

Die Jahre 1956 bis 1958

Die FPÖ entstand auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Obmann des Verbandes der Unabhängigen (VdU), Max Stendebach, und dem Obmann der Freiheitspartei, Anton Reinthaller, vom 17. Oktober 1955, in der ein Zusammenschluss dieser beiden Parteien zur Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) bei gleichzeitiger Auflösung des VdU und der Freiheitspartei beschlossen wurde. Diese Namenswahl weist bereits auf eines der Grundprinzipien der FPÖ hin: Die Freiheit des Individuums sowie auch die Freiheit der Gemeinschaft und des eigenen Volkes sollten im

Zentrum sämtlicher programmatischer Aussagen und Programme stehen.

Der konstituierende Parteitag, der gleichzeitig als Gründungsparteitag gilt, trat allerdings erst am 7. und 8. April 1956 im Hotel „Zum weißen Hahn“ in der Wiener Josefstadt zusammen. Zu den Gründungsmitgliedern zählten unter anderem Willfried Gredler, Jörg Kandutsch, Tassilo Broesigke, Gustav Zeillinger und Max Stendebach vom VdU sowie Anton Reinthaller, Emil van Tongel und Friedrich Peter von der Freiheitspartei.



1. Wir bekennen uns zum Grundsatz der Freiheit und damit zu den Grundrechten der Menschen und Völker.
2. Wir bekennen uns zur sozialen Volksgemeinschaft und bekämpfen das Denken und Handeln in Klassen und Gruppeninteressen.
3. Wir bejahen die Eigenstaatlichkeit Österreichs, bekennen uns zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft und treten für den engen Zusammenschluss der freien Völker und Staaten Europas auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung und Selbstbestimmung ein.
4. Wir bekämpfen die alle Freiheiten der Menschen bedrohende Allmacht des Staates und der mit ihm verkoppelten Machtapparate. Wir bekennen uns zum demokratischen Rechtsstaat freier, vor dem Gesetz gleicher Männer und Frauen und fordern deshalb die Ausschaltung des demoralisierenden Parteiproporz.

(...)

(Auszug aus dem ersten Parteiprogramm der FPÖ)

Die Tatsache der Wahl Anton Reinthallers zum ersten Obmann der FPÖ wird in der Forschung häufig als Indiz dafür gesehen, dass sich die Freiheitspartei in der neuen FPÖ mit ihrer im stärkeren Maß national-konservativen Programmatik gegenüber den teils etwas liberaleren Positionen des VdU durchgesetzt hatte. Diese Haltung fand ihren Niederschlag auch im ersten Parteiprogramm, das als sogenanntes Kurzprogramm beziehungsweise als „Vierzehn Punkte“ am Gründungsparteitag 1956 verabschiedet und 1958 in den „Richtlinien freiheitlicher Politik“ näher erläutert wurde.

Die Beurteilung von Anton Reinthaller bleibt umstritten. Der gebürtige Oberösterreicher zählte nach dem Krieg zu den ehemaligen hochrangigen Nationalsozialisten in Österreich – er war beispielsweise Landwirtschaftsminister in der von Hitler-Deutschland installierten „Anschlussregierung“ unter Bundeskanzler Arthur Seyß-Inquart. Für die einen galt der überzeugte Katholik als „Idealist“, der an den Verbrechen des Nationalsozialismus nicht beteiligt war. Für die anderen war er hingegen auch ein ehemaliger SS-Brigadeführer, der bereits in der Illegalität für den „Anschluss“ Österreichs an Deutschland agitiert hatte.

Doch die Vorstellung, mit einer betont nationalen Parteilinie an die Erfolge des Dritten Lagers in der Zwischenkriegszeit mit bis zu 18 Prozent Stimmenanteil im Nationalrat an-



Anton Reinthaller war der erste Obmann.

knüpfen zu können, erfüllte sich nicht. Bei der Nationalratswahl im Mai 1956 erreichte die FPÖ lediglich 6,5 Prozent und sechs Nationalratsmandate. Zur Nationalratsfraktion, die sich von Anfang an auf Opposition und Kontrolle der Regierung festlegte, zählten Klubobmann Willfried Gredler, der frühere Universitätsprofessor Helfried Pfeifer, der ehemalige VdU-Vorsitzende Max Stendebach, Heinrich Zechmann, der frühere Landesobmann des VdU Salzburg und spätere Volksanwalt Gustav Zeillinger sowie der spätere Rechnungshofpräsident Jörg Kandutsch. Organisatorisch war zudem der Wiener Apotheker Emil van Tongel als Presse- und Finanzreferent tätig.

Nach dem Tod von Anton Reinthaller im Jahr 1958 wurde Friedrich Peter zum Bundesparteiobmann gewählt. Die Gründungsphase der FPÖ war damit abgeschlossen. Dennoch kam die Partei vorerst nicht aus ihrer innenpolitischen Isolation heraus und musste um Anerkennung in der schwarz-rot dominierten politischen Landschaft der Zweiten Republik werben.



Foto: Votava/Imagno/picturedesk.com

SPÖ-Kanzler Bruno Kreisky empfängt Friedrich Peter (im Bild rechts) im Oktober 1975 im Bundeskanzleramt in Wien.

Eine nationalliberale Honoratiorenpartei Die Ära Friedrich Peter

Nach dem Tod Anton Reinthallers wurde 1958 Friedrich Peter zum Bundesparteiobmann der FPÖ gewählt, wobei Peter bis heute mit knapp 20 Jahren als Parteiobmann mit der längsten Amtszeit gilt. Der Oberösterreicher Peter schaffte es schließlich auch, die FPÖ aus ihrer innenpolitischen Isolation herauszuführen. Denn es gelang der FPÖ erstmals, wechselseitige Allianzen im Parlament zu schmieden – in der Frage der Habsburger-Gesetze und der Rückkehr Otto von Habsburgs nach Österreich etwa mit der SPÖ. Die Freiheitlichen konnten sich im Nationalrat in weiterer Folge mit Abgeordneten wie Tassilo Broesigke, Otto Scrinzi oder Gustav Zeillinger als nationalliberale Honoratiorenpartei und „Zünglein an der Waage“ zwischen der Volkspartei und den Sozialisten profilieren.

Daher waren auch die Erwartungen der FPÖ für die Nationalratswahl 1970 groß, in die die Freiheitlichen mit der Parole „Kein roter Kanzler, keine schwarze Alleinregierung“ zogen. Schlussendlich stagnierte die FPÖ bei der Nationalratswahl aber bei 5,5 Prozent. **Trotzdem nutzte Friedrich Peter die Gunst der Stunde und konnte mit der Duldung der SPÖ-Minderheitsregierung unter Bruno Kreisky eine für die Freiheitliche Partei günstige Wahlrechtsreform erwirken.** Als es auf der Basis der neuen Wahlordnung zu Nationalratswahlen im Oktober 1971 kam, konnte die FPÖ ihre Mandatszahl im – zahlenmäßig von 165 auf 183 vergrößerten – Plenum von sechs auf zehn erhöhen.

Auch in programmatischer Hinsicht leitete die FPÖ unter Friedrich Peter einen Moderni-

sierungsprozess ein. 1968 wurde in Bad Ischl das modernere „Ischler Parteiprogramm“ beschlossen und auf Anregung von Peter wurde der sogenannte „Atterseekreis“, ein Arbeitskreis für junge und eher liberal orientierte Intellektuelle – darunter auch der spätere Obmann Norbert Steger –, gegründet. Der „Atterseekreis“ lieferte in weiterer Folge auch wertvolle Impulse für die Modernisierung der Partei und übernahm unter anderem die Vorarbeiten für das 1973 beschlossene „Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik“ – darin wurde auch bereits dem Umweltschutz ein Kapitel gewidmet.

Überschattet waren die letzten Jahre der Obmannschaft von Peter allerdings durch die ab 1975 erfolgte Thematisierung der Teilnahme Peters am Zweiten Weltkrieg im Rahmen der Waffen-SS durch Simon Wiesenthal, wobei sich der mit Friedrich Peter befreundete SPÖ-Bundeskanzler Bruno

Kreisky auf die Seite Peters stellte. An der Affäre scheiterte letztendlich auch die Wahl von Friedrich Peter zum Dritten Nationalratspräsidenten. Nach parteiinternen Auseinandersetzungen um die Vergangenheit Peters wurde 1978 Alexander Götz neuer Bundesparteiobmann der FPÖ. Friedrich Peter blieb allerdings noch bis 1986 Klubobmann der FPÖ-Fraktion im Nationalrat.

Friedrich Peter entfremdete sich nach der Wahl Jörg Haiders zum Parteiobmann im Herbst 1986 zunehmend von der FPÖ, wobei diese Entwicklung im Jahr 1992 mit seinem Parteiaustritt gipfelte. Bis zu seinem Tod im September 2005 blieb das Verhältnis Peters zu seiner ehemaligen Partei angespannt. Trotzdem kann es als historischer Verdienst von Friedrich Peter gewertet werden, die FPÖ und damit das Dritte Lager als stabilen Faktor in der österreichischen Innenpolitik verankert zu haben.



Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ beschloss der Nationalrat die ‚kleine Wahlrechtsreform‘. Sie senkte die Zugangshürde kleinerer Parteien zum Parlament durch eine Erhöhung der Mandate, eine Verringerung der Wahlkreise und eine Angleichung der Stimmen für ein Mandat bei Groß- und Kleinparteien.



Hier ansehen

Das sozialliberale Experiment

Norbert Steger und die erste Regierungsbeteiligung der FPÖ

Nach dem Rückzug von Langzeitobmann Friedrich Peter im Jahr 1978 und der kurzen Amtszeit des Grazer Bürgermeisters Alexander Götz als Parteichef wurde im März 1980 der Rechtsanwalt Norbert Steger zum FPÖ-Bundesparteiohmann gewählt. Die neue Parteiführung rund um Steger, geprägt durch die unter Peter gegründete liberale Denkfabrik des „Atterseekreises“, wollte aus der bis dahin betont nationalen FPÖ eine „lupenreine“ liberale Partei machen.

Zwar konnte die FPÖ bei der Nationalratswahl 1983 mit rund 5 Prozent der Wählerstimmen nur ein mäßiges Ergebnis einfahren. Die Wahlarithmetik ermöglichte es aber, dass die FPÖ trotzdem 12 Nationalratsmandate erringen konnte, während die SPÖ erstmals seit 1971 ihre absolute Mehrheit verlor. **In dieser Situation ging Friedrich Peters Taktik der Annäherung an die Sozialisten auf: Mit Bruno Kreisky handelte der FPÖ-Klubchef die Modalitäten einer Kleinen Ko-**

alition aus und von 1983 bis 1986 bildete die SPÖ unter Bundeskanzler Fred Sinowatz sowie seinem Nachfolger Franz Vranitzky mit der FPÖ unter Norbert Steger eine rot-blaue Koalition. In dieser Bundesregierung war die FPÖ durch Steger als Vizekanzler und Handelsminister, Harald Ofner als Justizminister und Friedhelm Frischenschlager beziehungsweise Helmut Krünes als Verteidigungsminister vertreten. Allerdings hatte die Koalition mit enormen Problemen zu kämpfen. Dazu gehörten etwa ein explodierendes Budgetdefizit oder die prekäre Lage in der Verstaatlichten Industrie.

Gleichzeitig begann es auch unter der freiheitlichen Wählerschaft zu brodeln. Einerseits gab es Diskussionen um den ideologischen Kurs der FPÖ, der sich vor allem im neuen Parteiprogramm von 1985 äußerte. Dieses fand bei eher national orientierten Freiheitlichen kaum Zustimmung, Andererseits bahnte sich in Kärnten der Aufstieg des

”

Norbert Steger war geprägt durch den ‚Atterseekreis‘, der 1971 unter Friedrich Peter zur Stärkung des liberalen Flügels in der FPÖ gegründet wurde und von dem bis heute wesentliche intellektuelle Impulse für die Partei ausgehen.



Die ersten freiheitlichen Minister (von links): Norbert Steger, Harald Ofner und Friedhelm Frischenschlager nehmen an einem Festakt teil.

jungen Nachwuchspolitikers Jörg Haider zum schärfsten Kritiker der blauen Regierungsmannschaft an. Haider war im Mai 1983 zum geschäftsführenden Landesparteiohmann der FPÖ Kärnten bestellt worden und konnte alsbald mit einem klaren Kurs gegen die Bundespartei punkten.

Als zusätzlich noch der Verzicht der FPÖ auf einen eigenen Kandidaten bei der Bundespräsidentenwahl 1986 als zu großes Zugeständnis an die SPÖ gewertet wurde, war nach der Ansicht etlicher freiheitlicher Funktionäre das Maß voll. Dadurch war aber auch Stegers Versuch, die FPÖ nach dem Muster der bundesdeutschen FDP auf Dauer in eine liberale Regierungspartei umzubauen, gescheitert. **Als Meinungsforscher im Sommer 1986 prophezeiten, dass die FPÖ bei der nächsten Nationalratswahl kaum mehr als**

3 Prozent der Stimmen erhalten würde, sahen viele in der Partei nur noch die Wahl Jörg Haiders zum Obmann als mögliche Rettung. Daraufhin kam es im September 1986 in Innsbruck zu einer Kampf Abstimmung zwischen Steger und Haider, wobei der Wiener dem Kärntner Landesparteiohmann unterlag. Kurz darauf kündigte SPÖ-Kanzler Vranitzky die rot-blaue Koalition auf und Österreich ging in Neuwahlen.

Das Fazit über diese erste Regierungsbeteiligung der FPÖ in der Zweiten Republik bleibt daher letztlich zwiespältig. Zwar scheiterte die Regierung vorzeitig, aber historisch betrachtet war die rot-blaue Regierung für die Geschichte der Zweiten Republik so etwas wie der Abschluss der Integration des historisch gewachsenen Dritten Lagers in das politische System der Republik.



Jörg Haider prägte die FPÖ nachhaltig.

Der Aufstieg der FPÖ zur Mittelpartei

Jörg Haider und der Kampf gegen das rot-schwarze System

Die Entwicklung der FPÖ unter der Obmannschaft von Jörg Haider gilt als eine der spannendsten Episoden in der Geschichte der Zweiten Republik. Denn die heimische Parteienlandschaft änderte sich mit dem Aufstieg des gebürtigen Oberösterreichers erstmals seit 1945 grundlegend. **Von der Kür Haiders zum FPÖ-Bundesparteiohmann 1986 in Innsbruck im Rahmen einer Kampfabstimmung gegen Norbert Steger bis zur schwarz-blauen Regierung im Jahr 2000 lag zudem ein 14 Jahre währender Erfolgslauf.** Der gelernte Jurist, der bereits 1979 als Abgeordneter der FPÖ in den Nationalrat eingezogen war und 1983 die Leitung der Kärntner Freiheitlichen übernahm, konnte aber auch das nationale Lager wieder in die FPÖ integrieren und verbreiterte die Partei sowohl inhaltlich als auch personell.

Nachdem SPÖ-Bundeskanzler Franz Vranitzky wegen der Wahl Haiders die seit 1983 bestehende Kleine Koalition mit der FPÖ aufgekündigt hatte, kam es im November 1986 zu Neuwahlen, bei denen die FPÖ unter Jörg Haider rund 9,7 Prozent der Wählerstimmen erreichte. SPÖ und ÖVP reagierten auf die plötzliche Stärke des Dritten Lagers mit einer Neuauflage der Großen Koalition und einer beginnenden politisch-medialen Ausgrenzung der FPÖ. Dies gab Haider noch mehr Gelegenheit, die rot-schwarze Privilegien- und Parteibuchwirtschaft anzuprangern sowie die FPÖ im Nationalrat als Oppositionspartei gegen „das rot-schwarze System“ zu positionieren. Haider wurde damit zum politischen Motor der Veränderung in einem Land, in dem bis dahin die Politik noch vom Lagerdenken der Nachkriegszeit bestimmt worden war.

Zum Vorreiter der Umgestaltung des politischen Systems in Österreich wurde Kärnten. Dort konnte Haider 1989 die absolute Mehrheit der SPÖ brechen und wurde mit Hilfe der ÖVP zum ersten freiheitlichen Landeshauptmann der Zweiten Republik gewählt. 1999 wurde die FPÖ bei der Landtagswahl in Kärnten stimmenstärkste Partei und Haider erneut Landeshauptmann.

Aber auch bei den Wahlgängen auf Bundesebene erzielte die FPÖ beachtliche Erfolge, die selbst durch die Abspaltung des Liberalen Forums von der FPÖ im Jahr 1993 kaum beeinträchtigt wurden. **Nach 22,5 Prozent bei der Nationalratswahl 1994 schaffte Haider mit der FPÖ bei der Wahl zum Nationalrat 1999 ein historisches Ergebnis: Die Freiheitlichen verdrängten mit 26,9 Prozent die ÖVP von Platz zwei.** Mit ÖVP-Obmann Wolfgang Schüssel vereinbarte Haider gemeinsam eine

schwarz-blaue Koalition, der er selbst jedoch nicht angehörte und in der Schüssel Bundeskanzler wurde. Als FPÖ-Vizekanzlerin zog Susanne Riess-Passer in die Regierung ein.

Auch wenn der weitere politische Weg Jörg Haiders nach 2000 von etlichen Bruchlinien – auch mit seiner einstigen Partei – geprägt war, so würdigen doch viele politische Beobachter, Zeitzeugen und auch einstige Gegner die Leistungen von Jörg Haider im Kampf gegen den rot-schwarzen Proporz und die Auswüchse des Kammerstaates sowie die dadurch ausgelöste Deregulierung im staatsnahen Sektor. Und nicht zuletzt zeigte Haider mit dem FPÖ-Volksbegehren „Österreich zuerst“ zur Migrationspolitik im Jahr 1993 erstmals deutlich ein Thema auf, das fast 30 Jahre später in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist und ganz Europa bewegt.

”

„Aus kleinen Anfängen haben wir uns in der Demokratie hochgedient und sind zu einer Art Befreiungsbewegung von Proporz, Privilegien, geistiger Funktionärsenge sowie für einen chancenreichen Neubeginn in einer sich wandelnden Welt geworden.“ (Jörg Haider im Buch: Befreite Zukunft jenseits von links und rechts, 2001)



Die FPÖ in der Krise

Von der schwarz-blauen Koalition 2000 bis zur Gründung des BZÖ

Aus den Nationalratswahlen im Jahr 1999 war die FPÖ mit 26,9 Prozent der Stimmberechtigten erstmals als zweitstärkste Partei in Österreich hervorgegangen. **Jörg Haider verständigte sich daraufhin mit der ÖVP auf eine gemeinsame Koalition. Mit ÖVP-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel als Partner übernahmen die Freiheitlichen damit zum zweiten Mal in ihrer Geschichte auf Bundesebene Regierungsverantwortung.** FPÖ-Vizekanzlerin wurde Susanne Riess-Passer und die FPÖ erhielt zudem fünf weitere Minister sowie zwei Staatssekretäre.

Am 4. Februar 2000 wurde die neue Bundesregierung angelobt, wobei der Start der ÖVP-FPÖ-Koalition in den ersten Monaten durch die Sanktionen der Europäischen Union begleitet wurde. Trotz erster Erfolge der Regierung wie etwa bei der Pensionsreform oder bei der Einführung des Kindergeldes kam es aber bald zu Differenzen zwischen der ÖVP und der FPÖ.

”

Die FPÖ stellte mit Susanne Riess-Passer die erste Vizekanzlerin in der Geschichte der Republik. Die Regierungskoalition mit der ÖVP hielt jedoch nur drei Jahre.

Dazu kamen parteiinterne Diskussionen über die ideologische Ausrichtung. Einerseits betrachteten viele Wähler und Funktionäre den FPÖ-Regierungskurs unter Riess-Passer – etwa in der Europa- und Sozialpolitik – als Bruch mit den Traditionen des Dritten Lagers. Andererseits blieb Haider trotz seines Rückzugs als Obmann und der neuen Parteiohfrau Susanne Riess-Passer die dominante Persönlichkeit in der Partei. Im Sommer 2002 spitzte sich die Lage zu: Die Hochwasser-Katastrophe im Land veranlasste Schwarz-Blau dazu, die geplante Steuerreform zu verschieben. Dies wurde jedoch vom Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider und einem Teil der Parteibasis nicht akzeptiert. Sie sahen dadurch ein zentrales FPÖ-Projekt gefährdet. **Bei einem Delegierten-treffen im steirischen Knittelfeld wurde letztendlich gegen den Willen der FPÖ-Vizekanzlerin die Einberufung eines Sonderparteitag gefordert. Als Reaktion auf Knittelfeld traten Susanne Riess-Passer, FPÖ-Klubobmann**



Susanne Riess-Passer und Jörg Haider gingen ab dem Jahr 2002 getrennte Wege.

Peter Westenthaler und der freiheitliche Finanzminister Karl-Heinz Grasser zurück. Wolfgang Schüssel reagierte darauf prompt mit einer Aufkündigung der Koalition.

Bei der Nationalratswahl im November 2002 konnte die ÖVP mit rund 42,3 Prozent punkten, während die FPÖ nur 10,01 Prozent erreichte. Dennoch erneuerte die ÖVP die schwarz-blaue Koalition mit Herbert Haupt als FPÖ-Vizekanzler, wobei die freiheitliche Regierungsmannschaft fast halbiert wurde.

Die Auseinandersetzungen in der FPÖ – viele befürchteten eine Umklammerung durch eine starke ÖVP – nahmen nun an Heftigkeit zu. Mit dem Wiener FPÖ-Landeschef Heinz-Christian Strache erwuchs der Parteispitze um Haider und Bundesparteiohfrau Ursula

Haubner ab 2004 außerdem ein Konkurrent innerhalb der eigenen Partei. Verschärft durch Wahlniederlagen in den Bundesländern und die katastrophale Darbietung bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2004, bei der Andreas Mölzer als Vertreter des regierungskritischen Flügels in der FPÖ das einzige Mandat für die Partei errang, eskalierte der Konflikt zwischen dem nationalen Lager und der Parteiführung zu Jahresbeginn 2005.

Am 4. April spaltete sich Jörg Haider mit der FPÖ-Regierungsmannschaft von der FPÖ ab und gründete das „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ). Die Freiheitlichen, deren Leitung interimistisch der frühere Wiener FPÖ-Obmann Hilmar Kabas als längstdienendes BundesparteiVorstandsmitglied übernahm, standen damit vor einem Neuanfang.



Heinz-Christian Strache stand der FPÖ ab dem Jahr 2005 als Obmann vor.

Der Wiederaufstieg der FPÖ unter HC Strache

Der Kurs als „soziale Heimatpartei“

Am 4. April 2005 verließ die FPÖ-Spitze die Partei und gründete die Bewegung „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ). Federführend dabei war Jörg Haider, der das gesamte FPÖ-Regierungsteam – die Freiheitlichen befanden sich gerade in einer Koalition mit der ÖVP – und etliche Mandatare des blauen Parlamentsklubs zu einem Übertritt zum BZÖ bewegen konnte. Fast alle politischen Beobachter schätzten die Chancen der Freiheitlichen daher als gering ein und manche Kommentatoren prophezeiten sogar das Ende des Dritten Lagers in seiner bisherigen Form: Die FPÖ verfügte nur mehr über zwei Nationalratsabgeordnete mit klarem Bekenntnis zur Parteilinie. Dazu kam mit Andreas Mölzer noch ein Abgeordneter zum Europäischen Parlament. Außerdem stand man vor einem gewaltigen Schuldenberg. Dennoch war die Parteibasis im Großen und Ganzen dem BZÖ nicht gefolgt. Abgesehen von Kärnten blieben alle freiheitlichen Landesparteien bei der FPÖ. Selbst in

Oberösterreich und Vorarlberg konnte man die Landesorganisationen von einem Verbleib in der freiheitlichen Familie überzeugen.

Am 23. April 2005 wurde Heinz-Christian Strache auf dem 27. Ordentlichen Bundesparteitag in Salzburg mit 90,1 Prozent der Delegiertenstimmen zum Bundesparteiohmann der FPÖ gewählt. Der damals 35-jährige Wiener Landesparteiohmann galt dabei schon länger als Nachwuchshoffnung der FPÖ. Punkten wollte man als kantige Oppositionspartei nun vor allem mit aktuellen Themen wie dem Erhalt der österreichischen Leitkultur. Mit den beiden FPÖ-Generalsekretären Herbert Kickl und Harald Vilimsky wurde dem neuen Obmann zudem ein eingespieltes Team zur Seite gestellt. Zu einer Optimierung kam es beim Marketing: Mit der Marke „HC“ für den neuen Parteiohmann wollte man auch das jüngere Publikum erreichen. Ein erstes Lebenszeichen der FPÖ mit Heinz-Christian

Strache an der Spitze gab es bereits bei den Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen vom 23. Oktober 2005. Die FPÖ erreichte 14,83 Prozent und schaffte beim Stimmenanteil den dritten Platz hinter SPÖ und ÖVP.

Auf Bundesebene konsolidierte sich die Partei ebenfalls: Bei der Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 trat Strache zum ersten Mal bundesweit als Spitzenkandidat an. Die FPÖ erreichte 11,04 Prozent, während das BZÖ mit lediglich 4,11 Prozent knapp den Einzug schaffte. **Damit hatte sich die FPÖ als der erfolgreichere Teil des „geschiedenen“ Dritten Lagers erwiesen. Nun sollte sich der frühere Aufstieg der FPÖ unter Haider mit Heinz-Christian Strache fast identisch wiederholen: Bei der Nationalratswahl am 28. September 2008 fuhr man bereits 17,54 Prozent ein.** Zwar konnte das BZÖ mit über 10 Prozent die Grünen bei der Wahl überholen. Doch der überraschende Tod von Jörg Haider am 11. Oktober 2008 bereitete den Spekulationen über eine Kooperation zwischen FPÖ und BZÖ ein jähes Ende und führte letztlich zum politischen Aus für das BZÖ.

Insgesamt war die FPÖ unter Heinz-Christian Strache durch eine Rückbesinnung auf freiheitliche Werte gekennzeichnet. Dies zeigte sich auch in der Programmatik. So bekannte man sich etwa im neuen Parteiprogramm, das 2011 in Graz beschlossen wurde, neuerlich zur deutschen Kulturgemeinschaft.

Große Zustimmung unter der österreichischen Bevölkerung erhielten die Freiheitlichen infolge des Massenansturms von Asylwerbern im Sommer 2015. Die FPÖ wurde in vielen Umfragen als die stärkste Partei des Landes gesehen. **Bei der Nationalratswahl vom 15. Oktober 2017 konnte sie mit fast 26 Prozent und 51 Mandaten zu ÖVP und SPÖ aufschließen. Durch den Wahlsieg der ÖVP und das beachtliche Ergebnis der Freiheitlichen kam es zur Bildung einer Mitte-Rechts-Regierung zwischen ÖVP und FPÖ.** Heinz-Christian Strache wurde Vizekanzler in einer türkis-blauen Koalition unter ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz. Damit stand am Ende des neuerlichen Aufstiegs der FPÖ wie schon im Jahr 2000 der Gang in die Bundesregierung.

”

Insgesamt war die FPÖ unter Heinz-Christian Strache durch eine Rückbesinnung auf freiheitliche Werte gekennzeichnet.



Eine Reformkoalition für Österreich

Von der Bundespräsidentenwahl 2016 bis zur „Ibiza-Affäre“

Parallel zum Aufstieg der FPÖ unter Heinz-Christian Strache verlor die seit dem Jahr 2007 bestehende Große Koalition aus SPÖ und ÖVP zunehmend an Rückhalt in der Bevölkerung. Außerdem kam im Sommer 2015 durch die europaweite Flüchtlingskrise eine Massenzuwanderung samt ihren Folgen für das Sozialsystem und die Sicherheit im Land dazu. Dadurch verzeichneten die Freiheitlichen mit ihrer zuwanderungskritischen Haltung vermehrt Zustimmung. **Diese Stimmungslage bestätigte sich bei der Bundespräsidentenwahl im Jahr 2016. Norbert Hofer – seit 2013 Dritter Präsident des Nationalrates – unterlag als freiheitlicher Kandidat dem zukünftigen Präsidenten Alexander Van der Bellen nur knapp und konnte an die 2,12 Millionen Wähler mobilisieren.**

Der Erfolg setzte sich bei den Nationalratswahlen im Oktober 2017 fort, bei der die FPÖ

rund 25,97 Prozent erreichte. Die ÖVP – erstmals als „neue Volkspartei“ im türkisen Anstrich – wurde aber mit über 31 Prozent stimmenstärkste Partei. Daraufhin kam es zu Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ und man einigte sich auf eine gemeinsame Regierung unter ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz. **Im Dezember 2017 wurde die neue Bundesregierung angelobt. FPÖ-Bundesparteiohmann Heinz-Christian Strache wurde Vizekanzler sowie Minister für Beamte und Sport. Die FPÖ stellte fünf weitere Minister und einen Staatssekretär – darunter Herbert Kickl als ersten freiheitlichen Innenminister der Zweiten Republik.**

Bei den Eckpunkten des türkis-blauen Regierungsprogramms war die freiheitliche Handschrift deutlich erkennbar: Die Regierung setzte etwa auf eine neue Linie im Bereich der Migrationspolitik, auf einen verstärkten

”

Eckpunkte des Regierungsprogramms waren unter anderem die Förderung der einheimischen Familien, das Unterbinden der Zuwanderung in das österreichische Sozialsystem, der Kampf gegen den Asylmissbrauch und das Bekenntnis zu Freiheit, Verantwortung sowie zu unserer Heimat.



Norbert Hofer und Herbert Kickl führen seit dem Sommer 2019 die FPÖ.

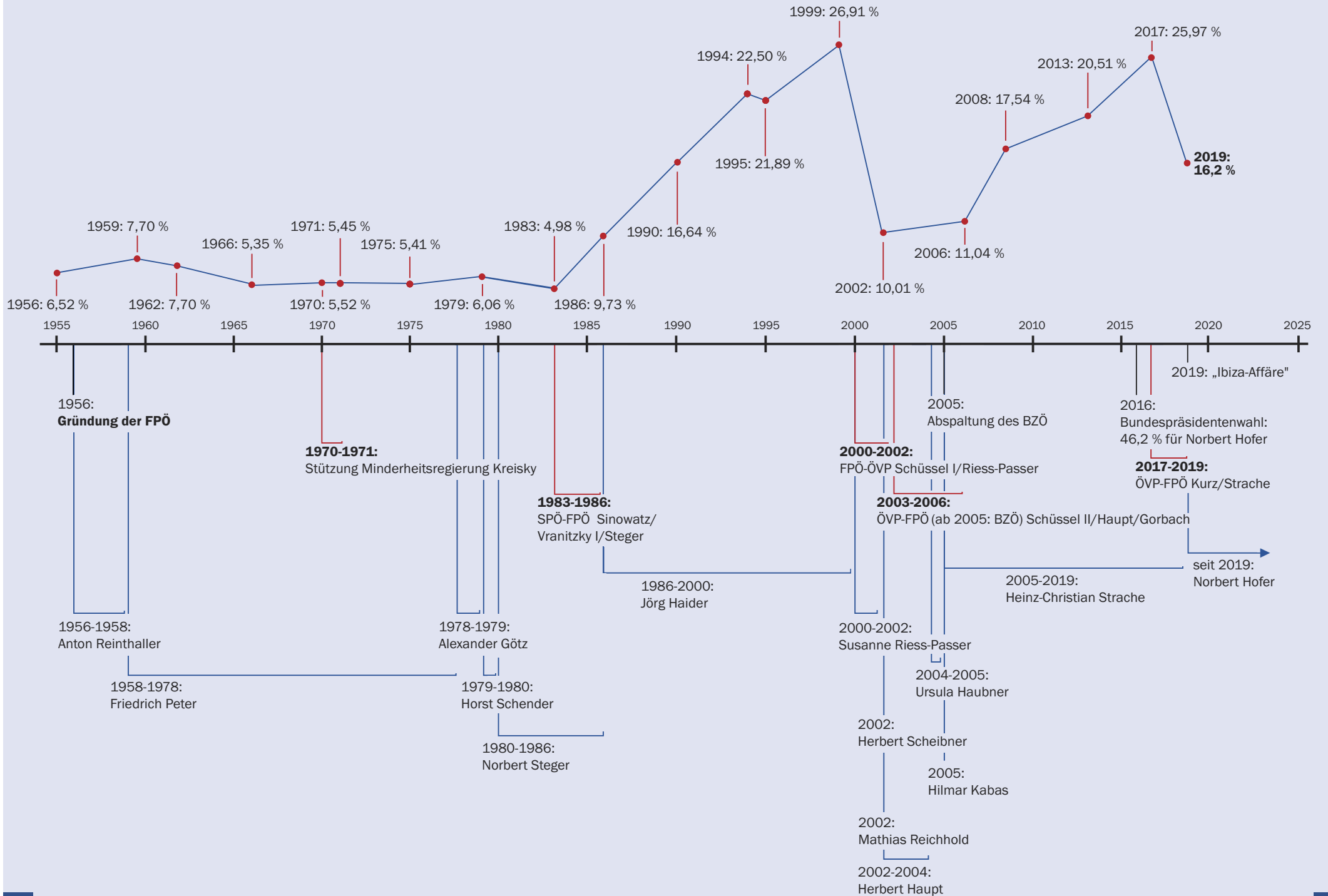
Grenzschutz, auf eine Reform der Mindestsicherung sowie auf eine Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger. Eine Steuerreform war in Planung.

Trotz der positiven Umfragewerte der Regierung in der Bevölkerung zerbrach die Koalition im Mai 2019 durch die Folgen der „Ibiza-Affäre“. Der Auslöser war ein kompromittierendes und offenbar illegal gedrehtes Video aus dem Jahr 2017, das am 17. Mai 2019 veröffentlicht wurde. Es zeigte Heinz-Christian Strache im privaten Umfeld auf der Mittelmeerinsel Ibiza, wie er – so der Vorwurf – unter anderem mit einer vermeintlichen russischen Investorin über Staatsaufträge im Gegenzug für Parteispenden verhandelte. **Angesichts der Affäre trat Heinz-Christian Strache am 18. Mai 2019 als Vizekanzler sowie Bundesparteiohmann der FPÖ zurück. Der frühere Ohmann wurde im Dezember 2019 aus der FPÖ ausgeschlossen. Am 18. Mai 2019 verkündete ÖVP-Bundeskanzler**

Sebastian Kurz Neuwahlen und beendete damit die türkis-blau Koalition. Die von der ÖVP geführte Übergangsregierung wurde jedoch bereits am 27. Mai 2019 durch einen von der FPÖ im Nationalrat mitunterstützten Misstrauensantrag des Amtes enthoben.

Norbert Hofer wurde am 19. Mai 2019 als neuer Parteichef der FPÖ designiert. **Allerdings erreichte die FPÖ bei der Nationalratswahl am 29. September 2019 nur 16,17 Prozent. Die FPÖ-Spitze betonte nach einer Sondierungsrunde zur Regierungsbildung, dass das Abschneiden der Freiheitlichen nicht als Regierungsauftrag zu werten sei. Man wolle sich vielmehr innerparteilich neu aufstellen und in Opposition gehen.**

Am 23. Oktober 2019 konstituierte sich der neu gewählte Nationalrat. Herbert Kickl wurde neuer FPÖ-Klubobmann im Nationalrat. Norbert Hofer wurde erneut zum Dritten Nationalratspräsidenten gewählt.





FPÖ DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI



DIE FREIHEIT, DIE WIR MEINEN!

